

Erster Beigeordneter Ludwigs geht kurz auf das Fest der internationalen Begegnung im Oktober vorigen Jahres ein und verweist darauf, dass die Gemeinde jährlich für die Durchführung des Festes nicht unerhebliche finanzielle, personelle und sächliche Mittel zur Verfügung stellt. Die Gemeinde tut dies mit Blick auf die Verbesserung der Integration deutscher und ausländischer Mitbürger, die unbestritten durch die Veranstaltung gefördert wird.

Herr Keuenhof geht nachfolgend ausführlich auf den Verlauf des Festes der internationalen Begegnung 2002 ein. Positiv hervorzuheben sind die guten Besucherzahlen, die Stimmung und auch die Darbietungen der auftretenden Gruppen sowie die Unterstützung des Losverkaufs durch einige Mitglieder des Ausländerbeirates. Leider überwiegen jedoch die Negativ-Punkte bei der Durchführung des Festes. Dazu gehören insbesondere die ungenügende Weitergabe von Informationen durch die Mitglieder des Ausländerbeirates an die jeweiligen Standbetreiber, die Abrechnung der Lose sowie die Weitergabe von Losen untereinander und damit einhergehenden Problemen bei der Abrechnung. Die Aufzählung der Negativpunkte, die teilweise auch in früheren Jahren zu verzeichnen waren, ist nicht abschließend. Bei der Durchführung des Festes 2002 ist insbesondere zu bemängeln, dass Zusagen über finanzielle Beteiligungen der Nationen der Türkei und von Italien bisher nicht eingehalten worden sind. Von beiden Nationen steht ein Betrag von je 200,- € noch aus. Hierbei handelt es sich um einen finanziellen Beitrag der Nationen für die Verpflichtung der Gruppen der jeweiligen Länder. Trotz mehrmaliger mündlicher und auch schriftlicher Aufforderung, den Betrag an die Gemeinde zu erstatten, ist bisher noch keine Regulierung erfolgt. Nicht mehr hinnehmbar ist auch die Haltung der Nationen bei den Auf- und Abbauarbeiten für das Fest. Während beim Aufbau der Halle noch einige ausländische Mitbürger, wenn auch verspätet, mitgearbeitet haben, „glänzten“ alle ausländischen Nationen beim Abbau, außer dem Ausländerbeiratvorsitzenden, durch Abwesenheit. Nach Abbau ihrer jeweiligen Stände wurde den Mitarbeitern der Verwaltung die besenreine Säuberung der gesamten Halle allein überlassen.

Herr Keuenhof stellt klar, dass er und die übrigen Verwaltungsmitarbeiter unter diesen Voraussetzungen nicht mehr zur Durchführung des Festes der internationalen Begegnung im bisherigen Rahmen bereit sind. Er kündigt an, dass demnächst eine Sitzung des Arbeitskreises „Fest der internationalen Begegnung“ stattfinden wird, wozu alle Teilnehmer am Fest der internationalen Begegnung 2002 eingeladen werden. In der Veranstaltung wird über mögliche Konsequenzen für die weitere Zusammenarbeit zu sprechen sein, wobei auch die Fortführung der Veranstaltung zur Diskussion gestellt wird. Auch ein anderer Veranstaltungsmodus bzw. Veranstaltungsort wird auf den Prüfstand gestellt. Die Verwaltung denkt zudem daran, die teilnehmenden Nationen verbindlich zu verpflichten, sich konstruktiver an der Vorbereitung der Veranstaltung sowie an den Nacharbeiten zu beteiligen und hierfür die Zahlung eines Kautionsbetrages von 150,- € einzufordern. Der Kautionsbetrag wird nicht zurückgezahlt, wenn die jeweilige Nation ihrer Verpflichtung nicht nachkommt. Im Übrigen beabsichtigt die Verwaltung nur noch Teilnehmer für das Fest zuzulassen, wenn die Nation an den Vorbereitungen teilnimmt und den Kautionsbetrag vor Veranstaltungsbeginn zahlt. Weiterhin ist daran gedacht, das Verfahren für den Abschluss von Verträgen für die Gruppen der einzelnen Nationen zu ändern. Vertragspartner der Gruppen soll künftig nicht mehr die Gemeinde, sondern die jeweilige Nation sein. Jede Nation erhält von der Gemeinde – wie in der Vergangenheit – einen Festbetrag für die Gruppe. Sofern das Honorar den Festbetrag übersteigt, ist die Finanzierung durch die Nationen selbst sicherzustellen.

In der anschließenden Diskussion kritisiert Herr Pinna, dass Herr Keuenhof in Anwesenheit der Vertreter der Polizei in der massiven Form Kritik an der Durchführung des Festes 2002 geübt hat. Seiner Meinung nach hätte der Sachverhalt intern im Ausländerbeirat besprochen werden müssen.

Erster Beigeordneter Ludwigs teilt hierzu mit, dass die Verwaltung dies anders sieht und verweist auf die Öffentlichkeit der Ausländerbeiratssitzungen. Im Übrigen müsse sich die ausländische Bevölkerung mehr in den Integrationsprozess einbringen, wenn sie die Integration tatsächlich wolle.

Herr Duldhardt hält die Zahlung eines Kautionsbetrages zur Verbesserung der Zusammenarbeit für geboten.